

SENetz im August 2021

Mitgliederschnellbrief der Senioren-Union der CSU



Verehrte Freundinnen, liebe Freunde in der SEN der CSU,

ist es, wie mancher aus unseren Reihen beim Lesen dieser aktuellen Ausgabe des SENetz bei sich denken wird, einfalllos, wenn der Vorsitzende zum wiederholten Mal auf einen Kommentar von H. Müller-Vogg zurückgreift, um unsere politische Situation zu beschreiben? Lassen Sie mich dagegenhalten: Wenn Dritte und augenscheinlich Unparteiische ein treffsicheres Auge auf die Tageslage haben, dann trägt die Verbreitung ihrer Sichtweise dazu bei, uns selbst Gewissheit zu verschaffen, mit der Einschätzung unseres Sommergeschäftes „richtig zu liegen“. Müller-Voggs aktueller Text also als Ausrufezeichen des eigenen Empfindens rund sechs Wochen vor der denkwürdigen Bundestagswahl 2021? Ja! – Immerhin startet das „Kreuzeln“ dafür in der Briefwahl schon am kommenden Sonntag. Nicht nur pandemisch ist damit zu rechnen, dass unsere Altersklasse mehr denn je von dieser alternativen Stimmabgabe Gebrauch macht.



Noch wichtiger: Der anstehende Wechsel im Bundeskanzleramt gibt jeder Stimme, die abgegeben wird, mehr Gewicht: Die Erststimme wählt den Kandidaten/die Kandidatin mit den meisten Stimmen daheim als dortiger Ansprechpartner in den Bundestag. Sie sagt aber nichts aus über die Zusammensetzung des Parlamentes in den kommenden vier Jahren: Darüber entscheiden die Zweitstimmen (auf der großen Landesliste) allein. Keine davon (jeder hat nur eine!!) darf verschenkt werden. 2021, in diesem Herbst gilt das mehr denn je. Die FDP wird nur dann ein solider Partner der Union, wenn sie stark genug ist, den Kanzler zu stellen. Gelingt das nicht, dann ist die FDP

garantiert auf dem Marsch nach links, um die Rotrotgrünen salonfähig zu machen. Stimmen an die FDP sind also verschenkt oder sogar versenkt.

Splittergruppen zu wählen, ist nicht nur umsonst, sondern auch dumm. Alle Kreuzerl dort sind für den Papierkorb, zu Deutsch „für die Katz“. Und Rot bzw. Grün? Nicht nur die eigenen Kanzlerkandidaten Beider machen klar: Da geht es

um eine neue, durch und durch sozialistische Republik, die alle Errungenschaften und die Ergebnisse bisheriger Unionsregierungen über Bord werfen wird. Wem daran gelegen ist, Erreichtes zu behalten und solide Bedingungen nicht zu verspielen, kann keinen roten, noch weniger eine grüne Kanzlerin wollen. Kanzlereigenschaften hat Armin Laschet, wie sein NRW-Einsatz beweist. Die beiden Gegenkandidaten bleiben ähnliche Souveränität im Umsetzen von Politik schuldig. Vor allem die Spitzenfrau der Grünen, die sich nicht nur im Schönen eigener Daten gefällt, sondern Wettbewerbern verächtlich macht. So etwas geht gar nicht im anspruchsvollen Einsatz für Deutschland.

Müller-Voggs Beitrag empfehle ich zur Lektüre, weil er aufzeigt, dass es gewaltigen Unterschied machen wird, wer die Richtlinien der Politik fest schreibt. Bayerische Eigenständigkeit und Alltagssichten werden die Linken untergeordnet „mitnehmen“, aber nicht gleichberechtigt neben die Dominanz der nördlicheren Gefilde rücken. Wir alle beobachten die deutsche Politstrategie der letzten Jahrzehnte aufmerksam. Die familienpolitischen Garantien in der Sozialpolitik, die Mütterrente, die Rücksichtnahme auf gewachsene Strukturen verdankt die Tagespolitik der CSU, die da weitere vier Jahre punkten will. Manche gesetzgeberische Aktion der letzten Jahre trägt unsere besondere süddeutsche Handschrift, die Rotgrün marginalisiert sehen will. Dagegen hilft nur eine starke, gesicherte Truppe in Berlin, die CSU! Stimmen für die Freien Wähler werden im Wahlabfall landen, weil die Unterstützung aus dem Norden grundsätzlich fehlt.

Weil das so ist, bitte ich Sie, neben Ihrer Stimmabgabe nachdrücklich darauf zu achten, dass wir am 27. September 21 grünen Sozialismus weiter klein geschrieben finden und eine gesicherte bürgerliche Mehrheit in Berlin vorfinden. Müller-Vogg beschreibt mit anderen Worten, was Konrad Adenauer schon am Start in die deutsche Nachkriegsdemokratie getan hat: Jede Form des Sozialismus nimmt uns die Kraft, die wir im internationalen Wettbewerb der Staaten brauchen. In möglichst großer Geschlossenheit! – Sie bedenken das? Darum bitte Sie alle

Ihr



Dr. Thomas Goppel
SEN-Landesvorsitzender

Nüchtern gesehen:

Es ist zu früh, die Grünen abzuschreiben

Von Hugo Müller-Vogg

Die CDU/CSU schwächelt, die SPD dümpelt deutlich unter 20 Prozent vor sich hin und die Grünen versuchen, sich von der Pannenserie ihrer Kanzlerkandidatin zu erholen. Doch nüchtern besehen ist für die Grünen noch alles drin.

+++++

Noch acht Wochen bis zur Bundestagswahl – und alles ist weiterhin offen. Die Frage, ob die schreckliche Flutkatastrophe das Bewusstsein der Menschen für den Klimawandel schärft und somit den Grünen zugutekommt, wird sich erst nach dem 26. September beantworten lassen. Allerdings zeigt sich, dass die zwischenzeitlich von 28 auf deutlich unter 20 Prozent abgestürzte Öko-Partei keineswegs aus dem Rennen um die Kanzlerschaft ausgeschieden ist. Es wäre voreilig, die Grünen abzuschreiben – und das gleich aus mehreren Gründen.

1. Die Wähler sind flexibler denn je

Nie war es so schwer, Wahlergebnisse vorherzusagen. Nur eine Minderheit der Bürger sind noch Stammwähler, die ihrer Partei durch dick und dünn die Treue halten. Viele ändern ihre Meinung häufig, immer mehr entscheiden sich erst kurz vor der Stimmabgabe. Das zeigen die sieben in den vergangenen Tagen veröffentlichten Umfragen. Dabei liegen die CDU/CSU zwischen 26 und 30 Prozent, die Grünen zwischen 21 und 16 Prozent und die SPD zwischen 17,5 und 15 Prozent.

2. Die Grünen können noch immer die Kanzlerin stellen

Die aktuellen Umfragen lassen es unwahrscheinlich erscheinen, dass die Grünen die Union noch überholen und stärkste Partei werden. Aber sie haben unverändert gute Chancen, an der SPD vorbeizuziehen. Zudem ist den Umfragen zufolge eine Ampel-Koalition mit SPD und FDP weiterhin möglich. Dann hieße die Kanzlerin Annalena Baerbock. FDP-Chef Christian Lindner hat zwar schon mehrfach seine Skepsis gegenüber einer grünen Kanzlerin und einem solchen Machtwechsel geäußert. Definitiv ausgeschlossen, dass die Liberalen Baerbock und den Grünen ins Kanzleramt verhelfen, hat er jedoch nicht.

3. Das Thema Klima hat wieder Hochkonjunktur

Zeitweilig hatte es so ausgesehen, als habe Corona und die Folgen das Kernthema der

Grünen, die Klimapolitik, in den Hintergrund gedrängt. Das ist nach der Katastrophe an Ahr und Rur anders. Hatten im „Politbarometer“ Anfang Juli noch 50 Prozent der Befragten Corona als wichtigstes Problem benannt und 34 Prozent das Klima, werden beide Themen inzwischen von 45 beziehungsweise 44 Prozent als gleich wichtig eingeschätzt. Das hilft zwangsläufig den Grünen. Ein aus grüner Sicht angenehmer Nebeneffekt: Die Pannen in der Baerbock-Kampagne werden von den aktuellen Ereignissen überlagert. Was den Grünen auch hilft: Sobald Klima auf der Tagesordnung oben steht, finden Organisationen wie Greenpeace oder Fridays für Future mehr Gehör, also wichtige Wahlhelfer der Öko-Partei.

4. Grünen finden den richtigen Tonfall

Die Grünen haben der Versuchung widerstanden, die apokalyptischen Zustände in den von Starkregen und Überschwemmungen betroffenen Regionen nach dem Motto auszuschlachten, „wir haben es ja schon immer gesagt“. Vielmehr hielten sich Baerbock und ihr Duo-Partner Robert Habeck mit Kommentaren sehr zurück, widerstanden auch der Versuchung, in den Überschwemmungsgebieten für Fotos zu posieren. Natürlich nutzt die Partei die Gunst der Stunde, indem sie beispielsweise einen milliardenschweren Klimavorsorgefonds ins Gespräch brachte – sachlich und ohne besserwisserische Attitüde.

5. Grüne präsentieren sich bürgerlich

Ihren inoffiziellen Wahlkampfauftakt veranstalteten die Grünen in Baden-Württemberg. Aus gutem Grund: Dort stellen sie mit Winfried Kretschmann seit zehn Jahren den Ministerpräsidenten, der das Land eher bürgerlich als öko-sozialistisch regiert. Dort tourte Baerbock durch mittelständische Betriebe, gab sich aufgeschlossen für die Nöte der schwäbischen Tüftler und Macher und holte sich den Segen des Ober-Realos Kretschmann für ihre Kanzlerkandidatur. Dass 650 Kilometer nord-östlich derweil ihre Parteifreundin Bettina Jarasch, die in Berlin Regierende Bürgermeisterin werden will, sich für die Verstaatlichung von Wohnungskonzernen und damit für „Sozialismus pur“ aussprach, war beim Wahlkampfauftakt hingegen kein Thema.

6. Medialer Rückenwind wird wieder stärker

Die Grünen konnten sich seit der Nominierung ihrer Kanzlerkandidatin über mangelnde mediale Unterstützung nicht beklagen. Baerbock wurde zur Heilsbringerin, zur Retterin des Abendlandes ausgerufen. Die Liebe bestimmter Medien zu Baerbock erkaltete, als sie und ihre Umgebung unfähig waren, mit diversen Affären professionell umzugehen. Inzwischen bläst man im grünen Medien-Camp, nicht zuletzt bei den Öffentlich-Rechtlichen, wieder vermehrt zur Attacke auf die CDU/CSU und ihren Kanzlerkandidaten Armin Laschet. Den Grünen kann's nur recht sein.

Fazit: Abgerechnet wird zum Schluss

Die Grünen wähten sich im April bereits im Kanzleramt. Dann kam der Einbruch. Jetzt geht es in den Umfragen wieder aufwärts, nicht gerade steil, aber immerhin. Ausschlaggebend für diesen Umschwung sind die Flutkatastrophe und der damit verbundene Themenwechsel. Das ist den Grünen quasi in den Schoß gefallen. Allerdings haben sie in dieser neuen Phase des Wahlkampfes – anders als bei Baerbocks diversen Affären – keine Fehler gemacht. Das zahlt sich aus. Die Grünen sind im Rennen um Platz zwei im Vorteil gegenüber der SPD und damit auch im Kampf um Platz eins in einer möglichen Ampel – jedenfalls „Stand heute“.

(Veröffentlicht auf www.focus.de am 31. Juli 2021)